

Parteien und Basisdemokratie – ein Widerspruch?

Im Grundgesetz, Artikel 21 heißt es:

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Die **Mitwirkung** von Parteien ist sinnvoll. Die Frage aber ist berechtigt, ob das Ausmaß an Einfluss, den die Parteien in unserem Land ausüben, noch im Sinne des Grundgesetzes ist.

Die wichtigsten Entscheidungen sollten laut Grundgesetz in den Parlamenten (dem Bundestag und den Landtagen) getroffen werden. Geschieht das so?

Viele Bürger haben ein feines Gespür dafür, dass hier etwas nicht stimmt. Sie reagieren mit der viel beklagten „Politikverdrossenheit“.

Politikverdrossenheit ist für eine Demokratie gefährlich. Demokratie kann nur funktionieren, wenn die Bürger Interesse an der Politik haben, und zwar ein Interesse, das über den Einfluss hinausgeht, den die Politik auf ihre privaten Bedürfnisse ausübt. Also kein egoistisches Interesse, sondern ein echtes Interesse am Funktionieren des Gemeinwesens!

Bei dem beherrschenden Einfluss der Parteien ist also

Politikverdrossenheit = Parteienverdrossenheit.

Und es ist klar, warum gegen die Verdrossenheit nichts unternommen wird: Die etablierten Parteien und besonders deren Spitzenfunktionäre sind ganz zufrieden mit dem System.

Alle 4 oder 5 Jahre haben die Bürger „die Wahl“. Aber sie können nur Parteien wählen und haben keinen Einfluss auf die Entscheidungen selbst. Bis zur nächsten Wahl können die Abgeordneten und die Regierungen tun, was sie untereinander auskungeln.

Wie oft sind Wahlversprechen eingehalten worden - und wie oft nicht?

Staatstheoretiker bezeichnen das politische System der Bundesrepublik Deutschland als „Parteiendemokratie“. Ob eine solche „Parteiendemokratie“ überhaupt eine Demokratie im Sinne der Bedeutung „Herrschaft des Volkes“ darstellt, kann allerdings bezweifelt werden.

Trotzdem können politische Parteien sinnvoll sein. Nicht jeder Bürger hat die Zeit, sich zu informieren. Die Partei seines Vertrauens kann widersprüchliche Ansichten und Informationen zu einer Aussage verdichten, der man sich anschließt, solange das Vertrauen berechtigt ist. Wenn dieses Vertrauen aber wieder und wieder durch Nichteinhaltung von Wahlversprechen gebrochen wird, ist es kein Wunder, daß bis zu 40 % der Bürger keinen Sinn mehr darin sehen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Also: **Ein Grundübel unserer Zeit ist der übergroße Einfluss der Parteien und der praktisch nicht vorhandene Einfluss der Bürger. – Was kann man tun?**

Wir verschließen nicht die Augen vor der Tatsache, dass in den Staaten der sogenannten Westlichen Welt die Großkonzerne bestimmenden Einfluss ausüben. Die Struktur der Parteiendemokratie macht es diesen global agierenden Organisationen einfach, politischen Einfluss auszuüben. Hier sind alle Parteien, die nicht einer echten Demokratie verpflichtet sind, Beförderer und Vollstrecker von Entscheidungen, die nicht im Sinne der Bürger sind.

Die Parteien – wenn sie die vom Grundgesetz gegebene Aufgabe erfüllen sollen – müssen von diesem schädlichen Einfluss befreit werden. Das ist nur möglich, wenn Parteien nicht mehr bestechlich sind.

Also sollte als erster Schritt die Möglichkeit von Parteispenden und damit die Einflussnahme der Spender eingeschränkt werden: Parteien sollten Spenden nur noch von Bürgern ihres Landes annehmen dürfen und zwar nur in einer Höhe, die sich normale Bürger leisten können.

Parteien und Basisdemokratie – ein Widerspruch?

Ein weiterer Schritt wäre die Beendigung oder deutliche Reduzierung der Finanzierung der Parteien aus Steuergeldern. Im Jahr 2021 wurde aus Mitteln des Bundeshaushalts für alle Parteien zusammen rund **200 Millionen Euro** ausgegeben.

(Deutscher Bundestag, Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2021, S. 5).

https://www.bundestag.de/resource/blob/896222/115ff46b7bef8801225cd5b1a50edcc1/finanz_21-data.pdf

Von den Gesamteinnahmen der Parteien sind das jeweils 33-48%.

<https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/parteienfinanzierung/rechenschaftsberichte>

Die basisdemokratische Partei erhielt ca. 0,7 Millionen Euro (678.892,93 €).

Wir wären gern bereit, darauf zu verzichten, wenn auch die anderen Parteien keinen Zuschuss mehr aus Steuergeldern erhalten.

Wir werden die Initiative ergreifen, die Parteienfinanzierung durch Großspender abzuschaffen und aus Steuergeldern zu reduzieren. Das wird aber ein langer Weg.

„Das kann ja jeder sagen ...“ Was unterscheidet die Basis von anderen Parteien?

Schauen Sie sich die innere Struktur unserer Partei an: Unsere Vorstände sind nie die Entscheider, sie sind die, welche die Verwaltung bewältigen (ehrenamtlich) und die Entscheidungen der Mitglieder umsetzen. Es wird keine wichtige politische Entscheidung gefällt, ohne die Mitglieder zu befragen. Der Name unserer Partei „Basisdemokratische Partei“ ist Programm. Intern haben wir es schon etabliert.

Im Staat wollen wir direkte Demokratie anregen und arbeiten daran, dass dafür eine Mehrheit gefunden wird. Auch das wird ein langer Weg.

Unsere Forderungen:

- ✓ Die Hürden für Volksbegehren müssen gesenkt werden.
- ✓ Volksbegehren und Volksentscheide müssen auf Bundesebene ermöglicht werden.

Dass das keine unrealistische Utopie ist, sieht man an der Schweiz. Dort funktioniert es gut.

Neben den verfassungsmäßigen Voraussetzungen ist ebenso unverzichtbar, dass die Bürger wieder **echtes Interesse am Gemeinwesen** entwickeln. Dazu ist Einsatz erforderlich, Einsatz, sich zu informieren und Teilnahme an den Wahlen. Echte Idealisten werden sogar bereit sein, öffentliche Ämter zu übernehmen, die viel Zeit kosten und wenig Geld bringen oder treten in Parteien ihres Vertrauens ein, um dort an der Meinungsbildung mitzuwirken.

Wir glauben an die **Weisheit der Vielen**, an die Schwarmintelligenz.

Dieses Interesse und die Bereitschaft zum Einsatz werden die Bürger (die in ihrer Gesamtheit der Souverän unseres Staates sind) nur dann aufbringen, wenn sie erkennen, dass sie auch Einfluss haben. Das ist nur möglich in einer **Basisdemokratie**.

Wir wollen nicht verhehlen, dass es auch in unserer Partei „menschelt“, da gibt es Sympathien und Antipathien, Einzelne genießen es, im Mittelpunkt zu stehen oder die Fäden in der Hand zu halten oder ...

Weil wir nicht über viel Geld verfügen, haben bei uns aber letztlich stets nur die durchgehalten, die kein persönliches Interesse haben, aber bereit sind, der Gemeinschaft Zeit und Energie zu geben. Die **Armut** von Parteien ist der beste Garant dafür, dass Idealisten zur Arbeit am Gemeinwesen kommen können und Entscheidungen, welche alle betreffen, nicht von den Interessen Einzelner dominiert werden.

Basisdemokratie ist direkte Demokratie mit Volksentscheid(ung)en, Kontrolle der gewählten Repräsentanten und Entscheidungen grundsätzlich auf der untersten möglichen Ebene.

Dafür stehen wir - buchstäblich mit unserem Namen!

dieBasis

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesverband Hessen